

sozialistischen Internationalen gegeben. Mit der Zeit sind die beiden Richtungen immer mehr zusammen gewachsen in der Erkenntnis, daß Einzelheiten in der Methode zurücktreten müssen hinter dem Ziele, dem wir alle zustreben. Aus meiner Regierungstätigkeit in Sachsen habe ich das Gefühl, daß die Schwierigkeiten, die sie zu überwinden haben, sehr große sein werden. Die Schuldfrage an der Meinungsverschiedenheit ist aber eine Bagatelle, sie tritt zurück hinter der dominierenden Frage: Was müssen die einzelnen proletarischen Organisationen tun? Wie können wir die proletarische Frage lösen? Der ist der Stärkere, der erklärt, zu jedem Opfer bereit zu sein, das zum Ziele führt. Wir haben in Sachsen manches erreicht. Neben Thüringen ist Sachsen das stärkste Bollwerk gegen die Reaktion.

Dresden. (Drei Gegenfragen der KPD an die SPD.) Auf die drei Fragen der Kommunisten an die Sozialdemokraten richtet die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ drei Gegenfragen an die Kommunisten: 1. Seid Ihr bereit in den Vordergrund aller Erwägungen und Handlungen die Bedürfnisse des deutschen Proletariats zu stellen, statt euch nach Befehlen und Interessen einer anderen ausländischen Stelle zu richten? 2. Seid ihr bereit, jeden Versuch zur Spaltung der SPD und der wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften, zu unterlassen, um statt dessen eure Wünsche in demokratischer Form zur Geltung zu bringen? Seid ihr bereit, mit ehrlichen Mitteln für eure Ueberzeugung zu kämpfen, statt mit Lügen und Hetzereien? 3. Seid ihr bereit, die Verbindungen mit den Faschisten zu lösen, von der Kriegspropaganda abzulassen und euch ernsthaft für proletarische Ziele einzusetzen, damit der Widerstand der Bourgeoisie gebrochen und das Reparationsproblem gelöst werden kann?

Dresden. (Eine Entschliebung der sächsischen Industrie.) Der Vorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat eine Entschliebung angenommen, in der es heißt: Schaffen wir eine neue werbeständige Goldanleihe, die den Wert unserer Arbeitsleistung und Waren enthält. Friedensgeld für Friedensarbeit. Wo in normalen Zeiten nur einer gearbeitet hat, dürfen nicht mehrere, 2 oder 3 stehen. Die Demobilisierungsbestimmungen, die die Produktion nur hindern, müssen aufgehoben werden. Bei fehlendem Betriebskapital kommen Lohn- und Gehaltsempfänger vor den Steuern. Wir benötigen dringend die Friedensmoral und Stilllegung der Notpresse, sowie Umbildung der Papiermark in Goldmark. Weiter müssen auch Arbeiter und Angestellte werbeständig entlohnt werden. Die geschaffene Goldnotenbank muß aber voll gedeckt und derartig gesichert sein, daß sie keiner Inflation verfällt.

(Krisis der Sächsischen Staatszeitung.) Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, steckt die regierungsmässige Sächsische Staatszeitung in einer schweren Krisis, sodaß mit deren Einstellung, zumindestens aber mit einer starken Einschränkung des Betriebes gerechnet werden muß.

Neustadt. (Ein bedauerlicher Todesfall.) Unter dem Eindruck der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat ein hiesiger Fabrikant Montag Nachmittag seinem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt.

Waldheim. (Störungen durch proletarische Hundertschaften.) Am Sonntag vormittag, als die vom Gottesdienst kommenden Mitglieder der evangelischen Jungmännervereine, die ihr Kreisverbandesfest hier feierten, sich nach dem Marktplatz zu einer Rundgebung begeben wollten, traten ihnen proletarische Hundertschaften entgegen und hielten den Zug auf, gaben jedoch nach Verständigung mit der Festleitung den Weg frei. Kurz danach rief die von Hartha mit ihrer roten Fahne singend auf den Marktplatz kommende kommunistische Arbeiterjugend neue Störungen hervor. Die proletarischen Hundertschaften entschuldigten ihr Eingreifen mit der Angabe, es seien Hakenkreuzler unter den Teilnehmern vermutet worden.

Leipzig. (Ueberraschte Geldschränkländer.) In einer der letzten Nächte wurde der 65jährige Wächter der Maschinenfabrik in S. Neuschönefeld durch das Anschlagen seines Wachhundes auf einen einschläglichen Einbrecher aufmerksam. Der Burche sprang darauf auf den alten Mann zu, verfehlte ihm einen Stoß gegen den Magen und schlug ihn auf den Kopf. Darauf feuerte der Wächter zwei Schüsse ab, worauf der Verbrecher floh. Ein zweiter Einbrecher, der sich unter einem Pulke versteckt hatte, konnte festgenommen werden. Der entlohene Einbrecher wurde später mit einer Schußverletzung im Leibe stöhnend auf dem Bahnareal aufgefunden. Die beiden Burchen hatten versucht, den eisernen Geldschrank mit einem Brechstein zu öffnen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Septemb. (Zur Beamteneinstellungsforderung.) Von maßgebender Stelle geht uns folgende Notiz zu: Vom Zeitungskorrespondenten sind in letzter Zeit über Beamteneinstellungsforderungen wiederholt vielfach irreführende Nachrichten verbreitet worden, die geeignet sind, unbegründete Beunruhigung

zu erregen. Unter anderen wurde behauptet, daß die Reichsregierung die monatliche Regelung der Beamteneinstellung durch eine wöchentliche ersetzen wolle. Dies entspricht keineswegs den Tatsachen. Die monatliche Zahlung der Beamteneinstellung bleibt weiter erhalten, nur die im Laufe des Monats wegen der steigenden Teuerung notwendigen Erhöhungen der Beamteneinstellung sollen in Zukunft, je ein Viertelmonatig geregelt werden. Diese Maßnahme ist zur Zeit notwendig, um den für diese Zahlungen laufenden Bedarf an Zahlungsmitteln jeweils möglichst niedrig zu halten und einer übermäßigen stoßweisen Inflation zu steuern. Im übrigen wird durch die Einführung der neuen Zahlungsmittel die Möglichkeit geschaffen werden, den Beamten die Gehälter verhältnismäßig zur Auszahlung zu bringen, sodaß die Notwendigkeit der Nachzahlungen dann überhaupt fortfallen wird. Auch die weitere Nachricht, daß bei den Verhandlungen mit der Spitzenorganisation am 15. September von der Reichsregierung für die erste Hälfte zunächst eine Nachzahlung von 111 Millionen später eine solche von 194 Millionen Mark angeboten worden sei, ist ebenfalls unrichtig. Die Reichsregierung hat vielmehr eine Nachzahlung für die erste Hälfte des Septembers von vornherein abgelehnt. Die mit den Spitzenorganisationen vereinbarte Zahlung am Mittwoch, den 19. September galt vielmehr für das dritte Viertel des Septembers.

Berlin, 19. September (Devisenrazzia in Berlin.) Auf Ersuchen des Devisenkommissars fand gestern eine ausgedehnte Devisenrazzia auf wilde Devisenhändler statt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in der Ring- und Grenadierstraße und in einer großen Reihe von Kaffeehäusern in der Fiebertstraße und im Westen sich zahllose wilde Devisenhändler aufhalten. In diesen Kaffeehäusern werden täglich Millionen umgesetzt. Nur solche Personen, gleichviel ob In- oder Ausländer, die nachweisen konnten, daß sie im Besitz der Devisen rechtmäßig gelangt sind, konnten unbehindert die Lokale verlassen. Alle anderen Personen wurden festgenommen und die Devisen beschlagnahmt. Eine große Anzahl von Personen östlicher Herkunft, die sich nicht im Besitze eines Reisepasses befanden, werden in den nächsten Tagen zwangsweise abgeschoben werden. Zahllose Devisen wurden im Besitze des Personals der Devisenkontrollen gefunden und seien ebenfalls der Beschlagnahme anheim.

Berlin, 19. September. (Die Beamtenvertreter beim Reichszentralrat.) Gestern wurden die Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten, des deutschen Beamtenbundes und des allgemeinen deutschen Beamtenbundes nach der Reichszentralrat zu einer Besprechung geladen. Der Kanzler betonte in seiner Erklärung, wir müßten zu einer wirtschaftlichen Währungsreform aller Stände gelangen, auch des Beamtenstandes. Die Rechte der Beamten seien keineswegs angegriffen worden. Dr. Hilsberg erklärte, daß demnächst eine neue Besprechung beim Reichszentralrat stattfinden werde, in der über den Abbau der Verwaltung und über die Besoldung gesprochen werden soll.

Berlin, 19. September. (Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.) Der „Vorwärts“ berichtet: Die Vorstände der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigten sich gestern in seiner Sitzung mit der außen- und innenpolitischen Lage Deutschlands. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß von der Reichsregierung alles getan werden müsse, um von deutscher Seite Schleunigkeit zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen mit dem Ziele: mit Befriedigung des Ruhrgebietes und der Wiederverwirklichung vertragsmäßiger Zustände. In Bezug auf die innenpolitische Lage wurde von allen Seiten der ungeheure Ernst, der durch den Währungssturz, durch die Preissteigerungen, durch die Erwerbslosigkeit, und durch Mangel an Nahrungsmitteln, geschaffen wurde, betont. Außerdem von der Regierung bereits angekündigten währungs- und finanzpolitischen Schritten wurden gefordert: Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Einfuhren auch an Kohle. Ferner wurde verlangt, daß bei Betriebsstilllegungen die Mitglieder des Betriebsrates schärfstens zu prüfen haben, ob sich die Stilllegung unbedingt notwendig macht. Bei unrichtiger Betriebsstilllegung sollen alle den Unternehmen gehörigen Rohstoffe und Devisen enteignet werden. Außerdem wurde Sicherstellung der Ernährung gefordert.

Berlin, 19. September. (Vorbereitung ernster Dinge in Berlin.) Die „Rote Fahne“ beginnt jetzt ihre Beser in direkter Form auf herannahende Krawalle aufmerksam zu machen. Sie teilt nämlich mit, daß die ausländischen Vertretungen in Berlin in den letzten Tagen auf bevorstehende große Kämpfe in Berlin aufmerksam gemacht worden seien und daß deshalb beabsichtigt sei, die Familien der hier anwesenden diplomatischen Vertreter, Konsuln usw. von Berlin nach dem besetzten Gebiete oder sonst außerhalb Deutschlands zu schicken. In den ausländischen Vertretungen wird auch davon gesprochen, daß innerhalb der Reichswehr Vorbereitungen für eine bevorstehende bewaffnete Auseinandersetzung getroffen würden. Von amtlicher Stelle werden diese Angaben als unzutreffend bezeichnet. Es ist dies jedenfalls auch, soweit die Reichswehr in Frage kommt, sicher richtig, hingegen wird sich kaum leugnen lassen, daß selbst, wenn die ausländischen Vertretungen die erwähnte Benachrichtigung nicht erhalten hätten, es ihnen kaum entgangen sein könnte, daß sich tatsächlich in Berlin ernste

Dinge vorbereiten. Den ausländischen Diplomaten wird auch kaum die ganz einseitige Rührigkeit der kommunistischen Parteileitung entgangen sein. Die Form, in der das kommunistische Zentralorgan diese und andere Auspielungen auf umstürzlerische Bestrebungen bringt, zeugt von einer gewissen taktischen Schlaueit, da direkte Mittellungen und Aufforderungen zur Bereitschaft zweifellos ein Verbot des Blattes nach sich ziehen würden. Als kommunistische Maßnahmen schlägt das Blatt vor: Konfiskation der Vermögen der großen Gauner, Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion, also Dinge, die die sozialdemokratischen Führer ihren Anhängern oft versprochen haben und die die Kommunisten nun auszuführen heißen.

Berlin, 19. September. (Geheimer Abhauber Ruhrabwehr?) Das Reichskabinett hat gestern eine sehr bedeutsame Sitzung über die Frage des passiven Widerstandes abgehalten, über die vorher bereits mit den Vertretern der Beamtenorganisationen und Gewerkschaften aus dem Ruhrgebiet Besprechungen geführt worden waren. Die Beratungen des Kabinetts waren vertraulich. In Berlin laufen seit einigen Tagen Gerüchte um, wonach die Reichsregierung angeordnet hätte, die Verordnungen, die verbieten, den Befehlen der Besatzungsmächte zu gehorchen und die den passiven Widerstand regeln, sollten von den Behörden im Ruhrgebiet stillschweigend nicht mehr angewandt werden, da die Regierung nicht in der Lage sei, sie aufheben zu können.

Berlin, 18. September. (Millionengoldmarksendungen der Sowjetregierung nach Berlin.) Auf Seiten der sowjetrussischen Machthaber scheint man die augenblickliche Lage Deutschlands für geeignet zu halten, die Weltrevolution, die bekanntlich bisher über Rußland nicht recht hinauswollte, wieder einmal nach Deutschland vorrücken zu lassen. Wie nämlich von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, sind aus den Geldfassen der Sowjetregierung in den letzten Tagen (es soll sich um über 10 Millionen Goldmark handeln) zugestellt worden mit der Weisung, sie zur Ausrüstung der trotz des Verbotes in Preußen heimlich weiterbestehenden proletarischen Hundertschaften, sowie zur Vorbereitung des in nächster Zeit zu erwartenden Umsturzes zu verwenden. Auch seien große Posten Handfeuerwaffen und Gewehre, die man in Rußland infolge der Verkleinerung der roten Armee entbehren könne, als seiner Durchsicht unterliegendes Kuriergut nach Deutschland geschafft und hier in den Berliner Räumlichkeiten der russischen Handelsvertretung vorläufig untergebracht worden. Man sei in den Kreisen der sowjetrussischen Diktatoren der Ansicht, daß der katastrophale Markverfall und die heranahnende Auflösung des Wirtschaftslebens die Regierung zusehends in die äußerste Notlage drängen werde. Diese Angaben treffen insofern zu, als tatsächlich von den russischen Vertretungen in Berlin in den letzten Tagen große Aufläufe namenhaft auch in Lebensmitteln gemacht wurden, die scheinbar bereitgestellt werden, um bei einer etwaigen Krise die unvermeidlichen Ernährungsschwierigkeiten wenigstens für die kommunistischen Anhänger mildern zu können.

Berlin, 20. September. (Der Zusammentritt des deutschen Reichstages.) Der Präsident des Reichstages hat für Mittwoch, den 26. September, den Reichstag einberufen. Es ist zu erwarten, daß der Reichstagskanzler schon in den ersten Tagen der Sitzung oder vielleicht bereits am 26. September eine Erklärung der Reichsregierung über die Entwicklung der außenpolitischen Lage im Zusammenhange mit einer Darstellung über die innenpolitische Entwicklung und die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung abgeben wird.

Berlin, 20. September. (Die Lieferungsbedingungen der Kohlengruben.) Das Reichswirtschaftsministerium hat eine Vermittlung zwischen den Verbrauchern und den Kohlenproduzenten übernommen. Das Niederlausitzer Kohlen Syndikat soll darauf heute eine Ermäßigung beschließen haben. Der Reichskohlenverband dürfte sich angesichts der zahllosen Proteste in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit weiter beschäftigen.

Schweiz.

Genf, 19. September. (Weitere Zugeständnisse Italiens.) In der gestrigen Sitzung des Völkerbundesrates gab Salandra, die vorgestern in Aussicht gestellte Erklärung zu dem italienisch-griechischen Konflikt, beziehungsweise der Kompetenz des Völkerbundes in dieser Frage ab. Seine Erklärungen stellten einen Rücktritt gegenüber den bisherigen italienischen Standpunkte dar. Er erklärte sich nämlich damit einverstanden, eine juristische Autorität, wie beispielsweise den internationalen Gerichtshof im Haag über die Frage der Kompetenz des Völkerbundes in ähnlichen Fällen, wie dem italienisch-griechischen im Prinzip entscheiden zu lassen. Bezüglich der Befugnis Korfus bildet er aber an den bereits bekannten Standpunkte Italiens fest.

Genf, 19. September. (Die Reparationsfrage und der Völkerbund.) Die Reparationsfrage, die nach Beilegung des italienisch-griechischen Konfliktes auch den Völkerbund beschäftigen wird, wurde gestern in der Sitzung zum ersten Male öffentlich zur Sprache gebracht und zwar durch den Vertreter Ägyptas der in der Sitzung der Finanzkommission empfahl, eine Entschliebung, worin die Versammlung aufgefordert wird, auch ihrerseits sich zu dem Repara-